

# UWG will „Strabs“ nicht ohne konkrete Zahlen abschaffen

## Anfrage soll Klärung bringen - auch Förderfähigkeit noch offen

**Neustadt (os).** Für eine Entscheidung zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) fehlt der Unabhängigen Wählergemeinschaft die Faktengrundlage. Deshalb hat die Ratsfraktion eine Anfrage an Bürgermeister Uwe Sternbeck gestellt. Wie berichtet will die SPD diese abschaffen, unter anderem, weil sich das Modell nicht einmal rechne. Die Genossen hatten es zudem als ungerecht bezeichnet. Die Unabhängigen stehen der Abschaffung nicht generell kritisch

gegenüber, vermissen aber konkrete Zahlen. „Die haben wir auf mehrfache Anfrage auch von der SPD nicht erhalten“, sagt Willi Ostermann. Deshalb möchte die vierköpfige Fraktion jetzt von der Verwaltung wissen, ob es stimmt, dass durch die Regelung ein Verlust aufgetreten ist. Außerdem fragt die UWG nach den Erträgen ab 2016 rückwirkend für zehn Jahre.

Auch die Höhe erhaltener Zuschüsse aus externen Fördertöpfen interessiert die Politiker. „Ob

Straßenbaumaßnahmen ohne die Strabs noch förderfähig sind, ist schließlich immer noch eine offene Frage“, so der Fraktionssprecher.

Weitere Fragen an die Verwaltung zielen auf die finanziellen Effekte: „Wieviel Entlastung oder Belastung bringt die Abschaffung der Strabs für den städtischen Haushalt?“, vor allem aber „In welcher Höhe müsste die Stadt Neustadt am Rübenberge die Grundsteuer erhöhen um den Ausfall der Strabs zu kompensie-

ren?“ Zudem wollen die Unabhängigen von Bürgermeister Uwe Sternbeck einen Kommentar zur SPD-Behauptung, die Erhebung der Beiträge nach dem aktuellen Modell habe sich nicht gerechnet. Wie es nach einer Abschaffung mit Straßensanierungen weitergehen könnte, ist ebenfalls Teil der Anfrage. Die UWG möchte wissen: „Nach welchen objektiven Kriterien würde eine Prioritätenliste zur Sanierung der Straßen bei Wegfall der Strabs durch die Stadtverwaltung erstellt?“